

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Rat der Stadt Schwelm</b>		
Sitzungsort <b>Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>26.01.2016</b>	Beginn <b>17:02 Uhr</b>	Ende <b>22:10 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Bosselmann, Ralf  
Christoforidou, Elissavet  
Hortolani, Frauke Dr.  
Kaufmann, Michaela Dr.  
Kick, Hans-Werner  
Kirschner, Thorsten  
Mayer, Sascha Dr.  
Philipp, Gerd E.  
Philipp, Sylvia Dr.  
Schier, Klaus Peter  
Tempel, Gabriele  
Wapenhans, Detlef  
Flüshöh, Oliver  
Happe, Andreas  
Heinemann, Manfred  
Kampschulte, Matthias  
Lenz, Heinz-Jürgen  
Müller, Michael  
Rüttershoff, Heinz-Joachim  
Sartor, Christiane  
Thier, Heinz Georg  
Zeilert, Hans-Jürgen  
Beckmann, Philipp J.  
Schwunk, Michael  
Stark, Wolfgang  
Gießwein, Brigitta  
Gießwein, Marcel  
Weidenfeld, Uwe  
Bockelmann, Christian Dr.  
Garn, Elke  
Kranz, Jürgen  
Feldmann, Jürgen  
Lubitz, Eleonore  
Huppelsberg, Wulf  
Stutzenberger, Olaf

bis 20:31 Uhr - TOP A 12

bis 21:53 Uhr - TOP A 13

## **Vorsitzende**

Grollmann, Gabriele

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR**

Flocke, Markus

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Baumeister, Dirk  
Eibert, Peter  
Guthier, Wilfried  
Heringhaus, Petra  
Jansen, Matthias  
Klos, Karlheinz  
Lache, Wolfhard  
Mollenkott, Marion  
Müller, Ursula  
Rudolph, Heike  
Rüth, Christian  
Schweinsberg, Ralf  
Striebeck, Thomas  
Weidner, Gabriele

## **Schriftführer/in**

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

## **Mitglieder**

Lusebrink, Hans-Otto  
Burbulla, Johanna  
Pfeffer, Jörg

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Gedenken an verstorbene Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder
- 4 Ehrung des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes Herrn Hartmut Ziebs
- 5 Ehrung eines Ratsmitgliedes
- 6 Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 26.11.2015
- 7 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung
- 8 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 9 Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) 197/2015
- 10 Zentralisierung der Verwaltung
- 10.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2016 - "Ratsbürgerentscheid zum zentralen Sitz der Schwelmer Stadtverwaltung (Rathaus) einschließlich Bürgerbüro am Standort Moltkestraße/Schillerstraße" 026/2016
- 10.2 Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE BÜRGER vom 20.1.2016 024/2016
- 10.3 Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, FDP und SWG/BfS vom 20.01.2016 025/2016
- 11 Veräußerung des Gebäudes Kaiserstr. 69 254/2015/1
- 12 3. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2000 245/2015/3
- 13 Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 001/2016

14	Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen bei Haushaltsstelle 06.03.04.533100 - Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen - Eingliederungshilfe	005/2016
15	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Zahlung von Personal-/Versorgungsaufwendungen	020/2016
16	Feststellung der Gültigkeit des Wahlergebnisses der Bürgermeisterinnenwahl am 13.09.2015	249/2015
17	Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsgerichtsbezirk II (Schwelm-Süd)	252/2015
18	Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 25.11.2015 "Freies WLAN für Schwelm"	257/2015
19	Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH - (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)	253/2015
20	Beteiligung der AVU an der "Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG"	002/2016
21	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

# A Öffentliche Tagesordnung

## 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Grollmann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates.

## 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung gibt sie nachstehende Hinweise:

### Hinzukommende Vorlagen:

#### **Zu TOP A 10 – Zentralisierung der Verwaltung:**

- **VL 026/2016** – Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung eines Ratsbürgerentscheides vom 25.01.2016 – wird Unterpunkt 10.1
- **VL 024/2016** - Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE BÜRGER vom 20.01.2016 – wird Unterpunkt 10.2
- **VL 025/2016** der Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, FDP und SWG/BfS vom 20.01.2016 (eingegangen am 21.10.2016) – wird Unterpunkt 10.3
- des Weiteren käme die **Vorlage 020/2016** - „Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Zahlung von Personal-/Versorgungsaufwendungen“ hinzu – neu TOP 15

### Auszutauschende Vorlagen:

- **bei TOP A 11** wird die bisherige Vorlage 254/2015 durch **Vorlage 254/2015/1** ersetzt und
- **bei TOP A 12** ersetzt die Vorlage **245/2015/3** die Vorlage 245/2015/1

Nachdem keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen werden, bittet Frau Grollmann um Abstimmung über die Ergänzungen bzw. Änderungen der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

### **3 Gedenken an verstorbene Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder**

Die Bürgermeisterin verliest die Namen der im letzten Jahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen sowie der verstorbenen Ratsmitglieder, soweit die Verwaltung von deren Ableben erfahren hat und bittet alle Anwesenden, sich für eine Schweigeminute von ihren Plätzen zu erheben

### **4 Ehrung des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes Herrn Hartmut Ziebs**

Im Anschluss bittet Frau Bürgermeisterin Grollmann Herrn Hartmut Ziebs zu sich nach vorne, um ihn für seine Wahl zum Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes zu ehren. Nach einer Laudatio bittet sie Herrn Ziebs, sich in das Goldene Buch der Stadt Schwelm einzutragen und überreicht ihm ein Präsent.

Herr Ziebs bedankt sich im Wege einer kurzen Rede für die Ehrung.

### **5 Ehrung eines Ratsmitgliedes**

Als nächstes ehrt Frau Bürgermeisterin Grollmann Herrn Jürgen Kranz für seine 10-jährige ehrenamtliche Tätigkeit im Rat der Stadt Schwelm und überreicht ihm eine Urkunde.

Auch Herr Kranz bedankt sich mit einer kurzen Rede für die Auszeichnung.

### **6 Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 26.11.2015**

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

### **7 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung**

keine

### **8 Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Frau Grollmann teilt mit, dass die heutige Ratssitzung die letzte in dem Gebäude der Gustav-Heinemann-Schule sei. Die nächste Sitzung des Rates könne bereits wieder in dem Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes I in der Hauptstraße 14 stattfinden, da der Einbau des vorgesehenen Aufzugs und die Errichtung der übrigen brandschutztechnischen Maßnahmen bis dahin erledigt sein werden. An die Sitzung schließe sich eine kleine nachgeholt Weihnachtsfeier im Sinne einer Einweihungsfeier des Saales an. Diese werde von Musikbeiträgen der Freiwillige

Feuerwehr Schwelm sowie einer Kabaretteinlage aus Reihen der Verwaltung untermalt.

Als nächstes informiert sie über das Zusammentreten der Arbeitsgruppe Controlling am 11.02.2016. Eine Einladung hierzu werde noch ergehen.

**9            Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung            197/2015**  
**Nordrhein-Westfalen (GO NRW)**

Herr Schweinsberg leitet ein, dass die Vorlage bereits mehrfach auf der Tagesordnung gestanden und der Rat die Verwaltung hinsichtlich 2015 bereits beauftragt habe, den Beschwerdeführern zu antworten. Dies sei auch geschehen.

Die beiden Beschwerden beziehen sich jedoch auch auf die Erhöhung der Grundsteuer B im Jahre 2016, die in heutiger Sitzung auf der Tagesordnung stehe.

Er unterbreite daher folgenden Beschlussvorschlag:

*Die Verwaltung wird beauftragt, den beiden Beschwerdeführern mitzuteilen, dass ihre Anregungen abschließend in der Ratssitzung am 26.01.2016 erörtert wurden.*

*Im Tenor soll stehen, dass die im September geplanten Hebesätze in der Grundsteuer B nicht zur Beschlussfassung gekommen sind.*

Herr Feldmann hält den Vorschlag nicht für ausreichend, da es in der in Anlage 1 zur Vorlage dargestellten Beschwerde prinzipiell um die Anhebung der Hebesätze gehe. Von daher erwarten die Beschwerdeführer sicher eine Abstimmung. Ein Hinweis sei da nicht ausreichend. Er beantrage daher getrennte Abstimmung über die Beschwerden lt. Anlage 1 und 2.

Auf Nachfrage der Bürgermeisterin, über was genau Herr Feldmann eine getrennte Abstimmung wünsche, erläutert dieser, dass er dahingehend getrennte Abstimmungen zu den beiden Beschwerden wünsche, ob diesen gefolgt werden solle oder nicht.

Herr Kranz erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag des Kämmerers zustimmen könne. Im Zuge der Haushaltsberatungen sei bereits vielfach über dieses Thema diskutiert und damit dem Beschwerdeführer entgegen gekommen worden. Er sehe aber keinen Hinderungsgrund abzustimmen.

Nachdem Herr Schweinsberg auf Nachfrage des Herrn Philipp die beiden Anträge inhaltlich nochmals beschrieben hat, bittet Frau Grollmann um Abstimmung über den Antrag des Herrn Feldmann auf getrennte Abstimmung über die beiden Beschwerden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	18
	dagegen:	15
	Enthaltungen:	

Es schließt sich eine kurze konträre Diskussion über die Intensionen der Beschwerdeführer an, in der Herr Gießwein abschließend darauf verweist, dass ein Beschlussvorschlag mit Begründung der Verwaltung vorgestellt worden sei und er nun um Abstimmung hierüber bitte.

Frau Grollmann fordert sodann um getrennte Abstimmung über Vorlage 197/2015 unter Einbeziehung des von Herrn Schweinsberg vorgetragenen Beschlussvorschlags auf.

Abstimmung zu der in Anlage 1 zur Vorlage 197/2015 dargestellten Beschwerde:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	5

Abstimmung zu der in Anlage 2 zur Vorlage 197/2015 dargestellten Beschwerde:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## 10 Zentralisierung der Verwaltung

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes „Zentralisierung der Verwaltung“ bittet Herr Klos – Vorsitzender des Personalrates der Stadt Schwelm – um das Wort.

Dieses wird ihm von der Bürgermeisterin erteilt.

Herr Klos leitet ein, dass er als Personalratsvorsitzender in neutraler Position gerne vor den Anträgen der Fraktionen zu der Thematik ausführen möchte.

Heute sei beabsichtigt, über den zukünftigen Standort des Rathauses zu entscheiden. Bereits der frühere Baudezernent Bernd Lepperhoff habe diesen Gedanken schon vor vielen Jahren aufgegriffen, der nun seit einiger Zeit wieder zur Debatte stehe. Kürzlich seien hierzu die Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befragt worden. Aus der Bürgerversammlung konnte kein Votum für die Gustav-Heinemann-Schule (GHS) als Standort vernommen werden und die hausinterne Umfrage (insgesamt 186 Stimmen) habe ein Votum von 87,6 % für einen Neubau in der Stadtmitte zu 13,4 % für die GHS erbracht. Die Belegschaft habe hierbei sicher auch ihre zum Teil jahrelangen Erfahrungen einbezogen, dass dem Bürger die Bürgernähe zur Verwaltung, zum Kreishaus, zu den Krankenkassen etc. wichtig sei.

Er persönlich könne sich kein Rathaus am Rande der Stadt mit einer Bürgeranlaufstelle im Zentrum der Stadtmitte vorstellen. Nach seinem Verständnis stelle dies eher eine Dezentralisierung dar, bei der interne Kostenfaktoren wie z.B. die des Botendienstes oder der IT berücksichtigt werden müssten. Was zentral platziert werden sollte, habe dann wieder eine Hauptstelle in der Holthausstraße und eine weitere Stelle in der Stadtmitte.

Er wünsche sich an dieser Stelle von der Politik eine weise Entscheidung im Sinne der Stadt.

Im Übrigen weise er an dieser Stelle auf die Einhaltung des Landespersonalvertretungsgesetzes hin, insbesondere auf die mitwirkungspflichtigen Angelegenheiten und bittet, dies bei der weiteren Beratung zu berücksichtigen.

**10.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2016 - 026/2016**  
**"Ratsbürgerentscheid zum zentralen Sitz der Schwelmer Stadtverwaltung (Rathaus) einschließlich Bürgerbüro am Standort Moltkestraße/Schillerstraße"**

Frau Grollmann dankt Herrn Klos zunächst für seine Ausführungen und ruft als nächstes den Tagesordnungspunkt A 10.1 mit dem SPD-Antrag vom 25.01.2016 „Durchführung eines Ratsbürgerentscheides“ auf.

Herr Philipp nimmt Bezug auf den seinerzeit von der FDP-Fraktion in gleicher Weise gestellten Antrag zum Thema „Zusammenlegung der Grundschulen“. Der Landtag habe die große Sorge, dass die Räte zu leichtfertig Entscheidungen an den Bürger zurückgeben könnten und daher das Erfordernis der 2/3-Mehrheit geschaffen. In der Begründung des Antrags habe er bereits zitiert, dass im Falle einer umstrittenen Angelegenheit und wenn zu erwarten sei, dass der Bürger die Entscheidung treffen könne, zur Befriedung aller, der beantragte Weg vorgeschlagen werden könne, um eine Einigung zu finden.

Herr Kranz kritisiert die Fragestellung im Antrag. Ein derart komplexes Thema könne nicht mit einer derart einfachen Fragestellung gelöst werden. Diese müsse im vorliegenden Fall anders lauten, was aber nach den Regelungen der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) nicht möglich sei, da diese das Erfordernis der Beantwortung mit „Ja“ oder „Nein“ vorgebe.

Herr Stutzenberger würde das Thema anders aufgreifen. Es gehe hier um Zentralisierung. Seit letzter Woche aber rede man von einer dezentralen Zentralisierung. Er beziehe sich auf einen Auszug aus der Niederschrift der letzten Ratssitzung, lt. dem die Bezirksregierung in Arnberg ganz klar die Zentralisierung der Verwaltung aufgegriffen habe. Dies bedeute, an einem Standort zusammen. Dann wurden zwei Standorte herauskristallisiert und eine Bürgerversammlung einberufen, deren Ergebnis eindeutig für den Standort Moltkestraße ausfiel. Die Presse habe dies ebenso gedeutet. Die Standorte Gustav-Heinemann-Schule und Moltkestraße waren die beiden zur Wahl stehenden Optionen. Nun werde von einer dezentralen Variante gesprochen. Wenn man die Zahlen der Fa. Drees und Sommer nehme, gebe es beim Umbau der GHS eine Finanzierungslücke von 14 Mio. € und für den Neubau in der Moltkestraße von 15 Mio. €. Wenn die für das Bürgercenter angedachten 4 Mio. € hinzukommen löse sich das Argument der günstigsten Variante auf. Hinzu komme, dass in der Bürgerversammlung die Variante des Herrn Hugendick über 10 Mio. € nur auf 8.000 qm basiere und die Berechnungen der Fa. Drees und Sommer auf 9.300 qm. Diese beiden nicht miteinander vergleichbaren Aussagen seien auch in der Bürgersammlung angesprochen worden. Vor diesem gesamten Hintergrund könne man nicht mehr sagen, dass die Variante des Umbaus der GHS die günstigste Option sei. Er würde somit dem Antrag der SPD-Fraktion folgen, die dem Bürger eine echte Möglichkeit einräume, sich zu beteiligen, zumal sich bereits gezeigt habe, dass der Bürger ein zentrales Rathaus favorisiere.

Herr Schweinsberg wendet ein, dass das Bürgercenter in der Innenstadt keine Kostensteigerung von 4,2 Mio. € verursache. Fa. Dress und Sommer habe bei der GHS mit einem Anbau auf dem Schulhof gerechnet. In der Kürze der Zeit wurden die Kosten für diesen Anbau mit 4,22 Mio. € kalkuliert und der Standort der GHS um diesen Anteil gemindert. Der Anteil sei dann für das Bürgercenter in der Stadtmitte zugrunde gelegt worden. Es handle sich somit nicht um Mehrkosten, sondern um eine Verschiebung von Kosten.

Herr Flüshöh weist darauf hin, dass die Aufsichtsbehörde verlangt habe, eine Entscheidung über die Zentralisierung zu treffen, die der Beschlussfassung über den Haushalt vorangehen müsse. Im Übrigen löse die aufgeworfene Fragestellung die Problematik nicht. Aus der im Vorfeld geführten Diskussion sei deutlich geworden, dass es mindestens zwei Parteien gebe. Die eine favorisiere den Standort GHS mit Sanierung, die andere den Standort Moltkestraße mit einem Neubau. Zudem sei die Zentralisierung eine Maßnahme des Haushaltssanierungsplanes. Die Politik müsse sich die Frage stellen, ob sie die Entscheidungsfreiheit an dieser Stelle aus der Hand geben und einen Bürgerentscheid durchführen wolle. Die Politik sollte vielmehr die Kraft haben, Maßnahmen die sie beschlossen habe auch umzusetzen. Wenn die Bürgerschaft die vom Rat getroffene Entscheidung nicht für richtig halte, könne sie dagegen einen Bürgerentscheid anstreben. Aus Sicht der CDU-Fraktion bestehe die Gefahr, dass wenn heute die Durchführung eines Ratsbürgerentscheides beschlossen werde, zukünftig viele Bürgerentscheide z.B. bei Steuererhöhungen diskutiert werden. Wo solle die Grenze gezogen werden? Daher lehne die CDU-Fraktion den Antrag heute aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Herr Feldmann bringt die Inhalte einer Wahlveranstaltung im Ibach-Haus in Erinnerung, in der die heutige Bürgermeisterin als noch Kandidatin sich für mehr Mitbestimmung der Bürger der Stadt ausgesprochen habe. Nach nun vier Monaten scheine sie festgestellt zu haben, dass das gesagte so nicht mehr richtig sei. Auch habe er bei der Aussage des Herrn Kranz gestutzt, dass die Bürgerinnen und Bürger das komplexe Thema nicht verstehen und nachvollziehen können. Hier gehe es um eine Zukunftsfrage. Man könne so argumentieren wie Herr Flüshöh, dass wir einen Haushalt haben und eine der darin enthaltenen Maßnahmen die Zentralisierung sei und daher kein Ratsbürgerentscheid durchgeführt werden solle. Seiner Auffassung nach sei das ganze aber eine Frage der Akzeptanz. Den Menschen der Stadt könne nicht erzählt werden, dass der Umbau der GHS völlig ohne Erhöhung der Grundsteuer A oder Schulden umzusetzen sei. Egal welche Maßnahme auch erfolge, gehe er von einer Grundsteuererhöhung und somit Belastung der Bürgerschaft aus, die sie sicher eher hinnehmen würde, wenn eine Entscheidung umgesetzt werde, für die sie gestimmt haben. Wenn dem Antrag der SPD-Fraktion heute nicht zugestimmt werde, drücke man dem Bürger gegenüber aus, dass seine Meinung nicht gefragt sei.

Herr Gießwein stellt richtig, dass Frau Grollmann sich für mehr bürgerschaftliches Engagement ausgesprochen hatte und sie dieses auch bereits erreicht habe, wie z.B. durch den Feierabendmarkt. Im Übrigen sei sie mit einer Aussage in den Wahlkampf gegangen, wie sie sich die Zentralisierung vorstelle und mit deutlicher Mehrheit von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden. Diese haben damit ihre Aussage über den Standort ausgedrückt. Zusammen mit der Bürgerinformationsveranstaltung habe die Bürgerschaft somit zwei Mal das Wort gehabt. Er hoffe, dass jetzt nicht über jede Entscheidung die Minderheit versuche, einen Bürgerentscheid

einzuholen. Mit dem Thema Zentralisierung beschäftige sich die Politik seit Jahren. Wenn dies ein neues Thema wäre mit einer neuen Dimension, könne er einen solchen Antrag verstehen. Aber es gebe keine deutliche Diskussion in der Bürgerschaft, nur leise Töne. Die Behauptung, die Bürgerversammlung habe gezeigt, dass die Bürger für die Moltkestraße seien, müsse genauer betrachtet werden, z.B. aus welchen Reihen die Wortmeldungen gekommen seien. Wenn man sich mit den Bürgerinnen und Bürgern unterhalte, stelle man fest, dass diese ganz unterschiedliche Meinungen vertreten. Schwelm sei die Stadt der kurzen Wege. Die Fraktion B'90/Die Grünen werden daher den Antrag ablehnen.

Herr Kranz bemängelt, dass viel von Kompromissen gesprochen worden sei. Mit ihm habe niemand gesprochen. Wie könne überhaupt ein solcher Kompromiss aussehen? Vielleicht in der Mitte der beiden Standorte? Wenn man die benötigte Grundfläche nehme, müsse man sich auf dem Grundstück des Verwaltungsgebäudes Moltkestraße 24 ein Hochhaus hochkant vorstellen. Im Übrigen müsse überlegt werden, wo die Parkplätze hinkommen sollen. Hierzu könne eine Parkpalette auf das Grundstück der Moltkestraße 26 errichtet werden, was jedoch zu einem niedrigen Verkaufserlös des Gebäudes führen würde. Dann könnten die Parkplätze auf dem Wilhelmsplatz entstehen, von dem dann aber 2.600 – 3.000 qm geopfert werden müssen. Eine evtl. Tiefgarage hingegen würde die Kosten explodieren lassen. Er könne nicht glauben, dass die Bevölkerung das wünsche. Auf die Fläche Moltkestraße 24 ein neues Rathaus errichten zu können, bleibe für ihn Illusion.

Herr Schwunk erklärt, dass die SPD-Fraktion insofern mit ihrem Antrag Recht habe, als dass die Bürgerbeteiligung und –information auch für die Freidemokraten ein wichtiger Punkt sei. Aber was würde dann passieren? Es stelle sich die Frage nach Umbau oder Neubau. Dies würde Auswirkungen auf den Haushalt haben. Gleichzeitig existiere die Auflage der Aufsicht, nach fünf Jahren endlich eine Entscheidung zur Zentralisierung zu treffen. Diese müsse getroffen werden, da sie im Haushaltssicherungsplan stehe. Wenn jetzt eine Bürgerbefragung mit vorliegender Fragestellung und dann Ergebnis Moltkestraße durchgeführt werde, werde der Rat als nächstes die Frage nach Umbau oder Neubau zu diskutieren haben. Mit vorliegender Fragestellung sei dies somit faktisch nicht durchführbar. Dann sprechen die Antragsteller vom Bürgerwillen. Es war vereinbart, dass die Politik bei der Bürgerversammlung keine Statements abgebe. Hieran habe sich die SPD nicht gehalten. Es habe daher nur drei wirkliche Bürgerfragen gegeben. Von zahlreichen seiner Nachbarn sei ihm erläutert worden, warum die Planungen in der Moltkestraße so nicht durchführbar seien. Frau Grollmann habe im Wahlkampf vorgetragen, wo sie sich eine Zentralisierung vorstelle und damit über 63 % der Wählerstimmen erhalten. Damit habe diese ausgedrückt, welcher der richtige Weg sei. Im Übrigen sei es dem Bürger im Zeitalter der Digitalisierung zunehmend egal, wo das Rathaus stehe. Deswegen werde die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Philipp weist zurück, dass zukünftig immer ein Ratsbürgerentscheid beantragt würde, sondern es hier um eine Entscheidung für Jahrzehnte gehe, die inhaltlich und vom finanziellen Volumen her sehr bedeutend sei. Von daher stelle die Angelegenheit durchaus eine Frage dar, die dem Bürger gestellt werden könne.

Herr Dr. Bockelmann verweist auf die Wortbeiträge der Herren Kranz und Gießwein.

Frau Lubitz erklärt ebenfalls, dass mit dem Ratsbürgerentscheid ein demokratisches Instrumentarium für die Bürgerschaft geschaffen worden sei, da man festgestellt habe, dass die Räte nicht immer so im Sinne der Bürgerschaft entscheiden. Dieser komme in Betracht, wenn eine Entscheidung hochumstritten sei und durch den Bürgerentscheid eine Befriedung der Bürger erreicht werden könne.

Die anstehende Entscheidung über den Standort erfülle dieses Merkmal der Umstrittenheit. Daher stimme die Fraktion DIE LINKE. für den Antrag der SPD-Fraktion. Der Rat dürfe sich in gewissen Fragen nicht einfach verselbständigen. Es gebe zurzeit im Schwelmer Rat drei Parteien, die ausgeschlossen werden. Diese haben die Minderheit, da sich die anderen Parteien zu einer Allianz zusammengeschlossen haben. Hinter diese stelle sich auch die Bürgermeisterin. Die Bürgermeisterin habe schon oft von einstimmigen Beschlüssen gesprochen, über die die Fraktion DIE LINKE. aber gar nicht informiert war. Das sei für sie die Verselbständigung des Rates und daher sage sie ein „Ja“ zum Ratsbürgerentscheid.

Herr Weidenfeld weist darauf hin, dass der Rat heute eine Entscheidung treffen müsse, da er die Maßnahmen sonst nicht genehmigt bekomme. Im Übrigen führe ein Ratsbürgerentscheid zu Kosten. Es sei hier keiner gegen Ratsbürgerentscheide. Im vorliegenden Falle aber führe ein Ratsbürgerentscheid dazu, keinen genehmigten Haushalt zu bekommen und damit zur Handlungsunfähigkeit. Er vertrete die Auffassung, wenn er derart verantwortungsvolle Entscheidungen nicht übernehmen wolle, er das Mandat niederlegen werde.

Herr Schier spricht sich dafür aus, zum Tagesordnungspunkt zurückzukommen, da nur noch der Austausch subjektiver Eindrücke erfolge. Vielmehr gebe es die objektiven Tatbestandsmerkmale, dass es um eine Dimension von 15 Mio. € gehe, die es in dieser Größe wohl nicht noch einmal geben werde und damit um eine besondere Entscheidung. Daraus zu schließen, dass nun jede Woche ein Ratsbürgerbescheid beantragt werde, halte er für zu weit hergeholt. Daher schlage er vor, sich mit dem Tagesordnungspunkt zu beschäftigen. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sind die Voraussetzungen für einen Ratsbürgerentscheid gegeben.

Herr Philipp beantragt namentliche Abstimmung. Auf Nachfrage der Bürgermeisterin, wer diesen Antrag stützt ergeben sich insgesamt 19 Stimmen dafür.

### **Sitzungsunterbrechung von 18:55 bis 19:04 Uhr**

Nach Beendigung der Sitzungsunterbrechung erfolgt die namentliche Abstimmung über den Antrag mit

Person ▲	<input type="checkbox"/> (0)	<input type="checkbox"/> Ja (16)	<input type="checkbox"/> Nein (20)
Beckmann, Philipp J.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Bockelmann, Christian	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Bosselmann, Ralf	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Christoforidou, Elissavet	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Feldmann, Jürgen	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüshöh, Oliver	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Garn, Elke	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Gießwein, Brigitta	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Gießwein, Marcel	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Grollmann, Gabriele	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Happe, Andreas	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Heinemann, Manfred	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Hortolani, Frauke	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Huppelsberg, Wulf	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kampschulte, Matthias	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Kaufmann, Michaela	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kick, Hans-Werner	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kirschner, Thorsten	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kranz, Jürgen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Lenz, Heinz-Jürgen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Lubitz, Eleonore	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mayer, Sascha	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Müller, Michael	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Philipp, Gerd E.	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Philipp, Sylvia	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Rüttershoff, Heinz-Joachim	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Sartor, Christiane	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Schier, Klaus Peter	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schwunk, Michael	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Stark, Wolfgang	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Stutzenberger, Olaf	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Tempel, Gabriele	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Thier, Heinz Georg	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Wapenhans, Detlef	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Weidenfeld, Uwe	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Zeilert, Hans-Jürgen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

## 10.2 Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE BÜRGER vom 20.1.2016 024/2016

Herr Philipp schlägt zum weiteren Verfahren vor, die beiden Fraktionsanträge gemeinsam zu diskutieren und im Anschluss getrennt abzustimmen.

Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Herr Kirschner leitet ein, dass es sich bei der zu treffenden Entscheidung über den zukünftigen Standort des zentralisierten Rathauses um eine grundlegende Entscheidung handle, die Politik und Verwaltung bereits seit vielen Jahren beschäftige. Zuletzt habe sich der Focus auf zwei Standorte konzentriert. Lange habe Einigkeit darüber bestanden, dass eine derartige Entscheidung nicht mit knapper Mehrheit zustande kommen sollte. Im Hauptausschuss habe sich diese jedoch leider ergeben. Überrascht habe ihn hierbei die Haltung der Bürgermeisterin, die stets ihre Parteilosigkeit betone und eher bei der Moderation helfen wollte.

Aus Sicht der SPD stelle eine Entscheidung für die GHS in jeder Hinsicht eine unbesonnene Entscheidung dar, der die Weitsicht fehle. Die Menschen wollten einen Standort in der Innenstadt, für die es gute Gründe gebe. Der Standort der Moltkestraße sei hervorragend an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden und auch zu Fuß gut erreichbar. Auch signalisiere eine Verwaltung dort, dass sie für Menschen da sei und sie einlade. Ein Bürgercenter könne dies nicht realisieren. Ein Rathaus am Stadtrand ohne Infrastruktur vermittele Distanz an Stelle von Stadtnähe. Es gehe auch um die funktionale Entfernung. Ein Rathaus im Zentrum werde die Innenstadt beleben und dies nicht nur durch Besucher sondern auch durch Beschäftigte der Verwaltung, die z.B. in der Mittagspause die Gastronomie nutzen. Ihm sei unverständlich, wie derartige Belegungspotentiale leichtfertig ignoriert würden. Ebenso werde der Wille der Verwaltungsmitarbeiter ignoriert. Darüber hinaus habe die Bürgerversammlung ein eindeutiges Votum ergeben. Frau Kruse habe im Nachgang daran erinnert, dass sich die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Belegschaft der Verwaltung für einen Standort in der Moltkestraße ausgesprochen haben. Er frage sich, warum die Menschen überhaupt nach ihrer Meinung gefragt werden, wenn dies der Marschrute widerspreche. Die Bürgermeisterin habe gesagt, sich viel Zeit für die Bedürfnisse der Bürger zu nehmen. Ihnen nur zuzuhören, reiche nicht aus. Vielmehr müssen ihre Bedürfnisse ernst genommen werden. Es zeuge von merkwürdigem Demokratieverständnis, Menschen erst einzuladen, dann aber das Ergebnis als nicht repräsentativ zu bezeichnen. Die Menschen sind für die Moltkestraße. Wo immer die Möglichkeit bestand, ein Meinungsbild abzugeben, habe sich die Bürgerschaft klar für die Moltkestraße ausgesprochen. Dies könne zwar ignoriert, aber nicht verleugnet werden. Fraglich sei auch, ob die Mitarbeiterschaft noch Sinn in der Befragung sehe und sich bei einer Entscheidung für die GHS noch gut vertreten fühle. Das Gebäude sei von der Fa. Drees und Sommer begutachtet worden, auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit. Wenn der Rat hingegen einer studentischen Arbeit folge, wäre es seiner Auffassung nach unbesonnen, ein solches Projekt ohne erfahrene Bewertung entsprechenden Fachpersonals anzugehen. Die dahinter stehenden Motive erschließen sich der SPD-Fraktion nicht. Sie werde auf keinen Fall Planungen unterstützen, die hochpreisigen Wohnraum schaffen. Auch müsse der steigende Bedarf an Schulraum gesehen werden. Abgeordneter Armin Laschet habe am Montag vor weiteren Schulschließungen gewarnt, da Schulraum – unerheblich für welche Schulform – benötigt werde. Die SPD-Fraktion werde weiterhin nachdrücklich dafür kämpfen, dass der Wille der Stadt Gehör finde. Er appelliere, der Verwaltung das Gesicht zu verleihen, das sie verdiene, und zwar in der Innenstadt.

Frau Grollmann schickt vorweg, dass sie eigentlich nicht vorgehabt habe, Stellung zu nehmen, da es sich um eine Entscheidung der Politik handle. Da jedoch viel polarisiert worden sei, für was sie im Wahlkampf gestanden habe und sie stets mit Empathie und Fürsorge unterwegs gewesen sei, halte sie manche Wortbeiträge für nicht fair, gerade weil sie nach einer Kompromisslösung gesucht habe und alle

Fraktionen, vielmehr jedes einzelne Ratsmitglied zu regelmäßigen Sitzungen eingeladen habe. Wie sie erfahren musste, sei manchen sogar verboten, zu ihr ins Rathaus zu kommen. Dies sei unwürdig. Die Allianz habe zusammen überlegt, wie ein Kompromiss aussehen könne. Hierzu sei sie mit vielen Menschen in der Bürgerschaft in Kontakt getreten und habe hingehört. Es habe Stimmen gegeben, die klar gesagt haben, eine Verwaltung in der City wäre schön, aber hätten sie nie gehabt und auch nicht vermisst. Oder dass sie nicht mehr wüssten, wann sie das letzte Mal in der Verwaltung gewesen seien und falls erforderlich ein Servicecenter benötigten, um ihr Anliegen dann vortragen zu können. Viele Kontakte und Terminanfragen laufen heute bereits online per Email. Eine papierlose Verwaltung in der Zukunft spreche auch dafür, dass sich die Verwaltung verändern werde. Sie sei durchaus serviceorientiert. Den Kompromiss der heute vorliege, habe sie mit vielen Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf diskutiert. Ein Serviceangebot mitten in der Stadt mit erweiterten Servicezeiten und umfassender Kompetenz, sodass die eigentliche Verwaltung nicht in der Stadtmitte benötigt werde. Und dass sich ihr Team zu 87 % für die Moltkestraße ausgesprochen habe, sei gelebte Demokratie. Sie sei stolz, dass sich ihr Team getraut habe, dies offen zu kommunizieren. Gleichsam bedeute dies aber nicht, dass diesem Willen zu 100 % gefolgt werden sondern vielmehr geprüft werden müsse, wie ein Kompromiss aussehen könne. Wenn von Besucherschwund in der Innenstadt gesprochen werde, seien dies vielleicht 20 – 30 % von knapp 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch sei die Stadt in der Lage, die Grundstücke in der Moltkestraße gut zu veräußern, vielleicht für die Errichtung eines Mehrgenerationenhauses oder preisgünstigen Wohnraums für Studenten. Denkbar sei auch die Schaffung adäquaten Wohnraums für Doktoren oder Ingenieure. Da gebe es Bedarfe vieler Unternehmen. Dies bedeute im nächsten Schritt mehr Gewerbesteuern und damit mehr Einnahmen. Das Wohl der Schwelmer Menschen sei ihr ein großes Bedürfnis. Wenn heute von einem Neubau oder der Kernsanierung der Moltkestraße gesprochen werde, sei dies nicht preisgleich mit einer Kernsanierung der GHS. Die Auswirkungen auf die Hebesätze sollten nicht beiseite geschoben werden. Ohne näher in die Prüfung einsteigen zu wollen, stelle sich die Frage, wo der Unterschied der beiden Alternativen liege. Auf der einen Seite stehe ein Neubau in der Moltkestraße, bei dem viele Dinge unklar und von der Fa. Drees und Sommer nur geschätzt seien verbunden mit der Erfahrung, dass Neubauten stets teurer werden als geplant. Sie habe beim Bürger hingehört. Dieser wünsche ein zentrumnahes Rathaus, aber nicht zu dem Preis, höhere Steuern zu zahlen.

Abschließend bittet Frau Grollmann, die Diskussion nicht zu nah an der Person der Bürgermeisterin zu führen, sondern auf sachlicher Ebene zu bleiben.

Herr Kranz bezieht sich auf die Ausführungen des Herrn Kirschner, eine solche Entscheidung nicht mit knapper Mehrheit zu treffen und gibt ihm hierzu Recht. Er frage sich aber gleichzeitig, wie das geschehen könne. Es gebe zwei Standpunkte, zwischen denen nur mehrheitlich entschieden werden könne. Ihm wäre an dieser Stelle lieber gewesen, einen Konsens zu erreichen. Dieser sei jedoch nicht durch einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Zu der gefallenen Aussage, die Menschen wünschen ein Rathaus in der Innenstadt, sage er nein, nicht alle. Auch zu der Aussage, ein Frontoffice könne ein zentrales Rathaus nicht ersetzen, meine er, doch, das könne es. Die Bürgerschaft werde immer weniger in ein Rathaus gehen müssen. Die Aussage des Herrn Kirschner, dass er sich umgehört habe und sich eine eindeutige Mehrheit für die Moltkestraße ausgesprochen habe, fuße vielleicht auf dem Kreis, in dem er sich umgehört habe und der ihm nahestehe. Wenn er selbst sich in dem Kreis umhöre, der ihm nahestehe, vernehme er keine Stimmen

gegen ein Rathaus in der GHS und dem gleichzeitig damit verbundenem Verbauen von weiteren Möglichkeiten bei den Liegenschaften in der Moltkestraße. Der richtige Weg sei ein Rathaus in der GHS.

Herr Gießwein begrüßt, dass, nachdem lange nicht an dem Thema weitergearbeitet worden sei, es nun endlich geschafft sei, die vielen Fakten zusammenzutragen, um heute die eine wichtige Entscheidung über den Standort zu treffen. Es werden viele weitere Entscheidungen noch folgen müssen, aber sie seien nun auf einem guten Weg für die Stadt als solche und für bessere Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Musikschule, Volkshochschule und Bücherei zentral in der Innenstadt. Es stelle einen guten Schritt zur Haushaltskonsolidierung und Optimierung des ökologischen Fußabdrucks Schwelms dar. Leider habe es keine Einigung und Kompromissbereitschaft gegeben. Die Fraktionen der SPD und der DIE BÜRGER waren leider nicht bereit, sich einen Millimeter zu bewegen und dies sei nicht Schuld der Bürgermeisterin. Er hoffe, dass zumindest die Ausgestaltung gemeinsam entschieden werde. In den letzten Wochen seine viele Gespräche mit unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Ergebnissen geführt worden. Hier gebe es nicht DEN Schwelmer Bürger. Aber es sei deutlich geworden, dass bei der überwiegenden Anzahl der Menschen angekommen sei, dass eine zentrale Verwaltung benötigt werde und Sinn mache. Er erläutere, wie die Fraktion B'90/Die Grünen zu ihrer Entscheidung für die GHS gelangt und was die wesentlichen Entscheidungskriterien gewesen seien. Nach reiflicher Überlegung spreche man sich für die Kernsanierung der GHS als deutlich ökologischere Variante als ein Neubau aus, durch die deutliche Mengen an CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringert werden könne. Auf dem Grundstück der Moltkestraße hingegen wäre ein unglaublich großer Neubau von Nöten, um die erforderliche Flächen darzustellen, der sich zudem in keiner Weise in die Umgebung einfügen würde. Vielmehr gingen Teile innerstädtischer Flächen verloren, was städteplanerisch nicht sinnvoll und nachhaltig sei. Zur Finanzierung trägt er vor, dass grundlegende Unterschiede bei den beiden Varianten festzustellen seien. Im Gegensatz zur GHS sei bei der Moltkestraße nur mit theoretischen Zahlen gerechnet worden. Darüber hinaus müssen Stellplätze nachgewiesen werden, für die Mittel erforderlich seien. Die Verkaufserlöse der Liegenschaften hingegen stehen mit Buchwerten im Haushalt. Da es sich bei der Moltkestraße um Filetstücke der Innenstadt handle, werde man sicher davon ausgehen können, die Buchwerte bei einem Verkauf auch zu erhalten. Bei einem Verkauf der GHS hingegen ist fraglich, ob der Buchwert der GHS überhaupt erzielt werden könne, da die Schule auf einem Luftschutzbunker stehe. Diesen abreißen zu müssen, würde den Kaufpreis drücken. Bei Lösungen seien vom Gutachter geprüft worden. Fa. Drees und Sommer gehe bei der GHS davon aus, einen Sicherheitsaufschlag zu benötigen, bei der Neubauvariante hingegen nicht. Wenn man sich jedoch Entwicklungen von Neubauprojekten ansehe, sei bei diesen ein Aufschlag mehr als gerechtfertigt. Hinzu komme, dass bei ökologischer Kernsanierung dreifach höhere Zuschüsse gewährt werden, als bei Neubauten. Die genannten Punkte allein stehen für eine Entscheidung für den Standort GHS. Zu dem übrig bleibenden Argument der Bürgernähe und Zentralität sei es wichtig, dass Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter inmitten der Stadt einen Sitz erhalten, damit die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit einer Fragestellung dorthin wenden möchte, diese entsprechend bedient bekommen. Für einen Bauantrag, der nicht so häufig gestellt werde, müsse man sich dann eben zur GHS begeben. Für das Bürgerservicecenter dürfen jedoch keine Mehrkosten entstehen. Aber wenn man den von der Fa. Drees und Sommer geplanten Anbau in die Innenstadt versetze, ergeben sich keine Mehrkosten. Zu dem Argument, dass Schulraum benötigt werde, erklärt Herr Gießwein, dass dies schlicht und einfach widerlegbar sei. Es bestehe ausreichend Schulraum für die

vorhandenen und zu erwartenden Schüler. Die Hauptschulen seien lediglich geschlossen worden, da aufgrund fehlender Anmeldezahlen keine Lehrerstellen mehr zugewiesen worden waren. Die Fraktion B'90/Die Grünen werden für ihren gemeinsamen Antrag stimmen.

Herr Feldmann bringt die von Herrn Sebering bei der Bürgerversammlung angesprochenen Rathaus-Baupläne der 80er-Jahre in Erinnerung. Seinerzeit war der Standort des damaligen Rathauses auf dem Bereich Schillerstraße / Ecke Moltkestraße geplant worden. Heute werde von dem Bereich Moltkestraße 24 und Parkplatz gesprochen. Diese Lösung gehe durchaus.

Zur Schulthematik werde für den Sekundarbereich I durchaus nicht viel Schulraum benötigt, aber nur weil die Schwelmer Schüler zu den umliegenden Gesamtschulen und die Hauptschüler demnächst nach Gevelsberg fahren. Dann sei natürlich klar, dass kein Schulraum benötigt werde. Die Fraktion DIE LINKE. habe stets vom Sekundarbereich I gesprochen. Sie können sich eine Dependance Gesamtschule vorstellen, um in Schwelm weiterhin zur Schule gehen zu können. Dann werde es auch höhere Anmeldezahlen geben. Er spricht sich dafür aus, dass die Bürger entscheiden sollten.

Herr Flüshöh bezieht sich auf die Ausführungen des Herrn Kirschner. Man könne jede Position vertreten. Die Diskussionen zu diesem Thema spalte die Stadt. Er freue sich, dass die Menschen dies diskutieren. Zu der Arbeit des Herrn Hugendick bringt er in Erinnerung, dass dieser vom Rat beauftragt worden sei, Ideen vorzustellen, die im Anschluss von einem professionellen Büro bestätigt worden seien. Unbestreitbar gebe es deutliche finanzielle Unterschiede zwischen den beiden Modellen. Wenn er aus der Diskussion die Beiträge der Herren Kirschner und Gießwein gegenüberstelle, habe es eine emotionale Diskussion gegen eine rationale Diskussion gegeben. Seine Fraktion habe sich nach vielen Gesprächen in der Stadt sehr spät entschieden, welchen Weg sie einschlagen wolle. Dies erfolgte nach Abwägung gegeneinanderstehender Argumente. Die Entscheidung schaffe Ressourcen, die in andere Dinge, wie z.B. Schulen, Haus Martfeld etc. fließen können, bei gleichzeitiger Inaugenscheinnahme der Steuerbelastung der Menschen. Zu der Frage, was nach erfolgter Entscheidung weiter zu tun sei, könne er sich nur den Ausführungen des Herrn Gießwein anschließen und dafür werben, dass sich alle gemeinsam bei den weiteren anstehenden Fragen mit Argumenten beteiligen und mit diskutieren, wie das Gebäude ausgestaltet werden solle. Hier empfehle er, Fachkräfte in Anspruch zu nehmen. Zusammengefasst werde die CDU-Fraktion nach Abwägung aller Argumente dafür votieren, den Standort GHS zu präferieren.

Herr Schwunk hebt hervor, dass der Rat heute zwei wichtige Entscheidungen treffen werde, die die Politik lange diskutiert habe. Zum einen sei dies die Zentralisierung und zum anderen die Haushaltskonsolidierung. Sie haben um Lösungen gerungen und nun gefunden. Es sei Zeit, für die Stadt Entscheidungen zu treffen, um weiter nach vorne zu kommen. Die Entscheidung auf einen möglichst breiten Konsens zu stellen, sei leider durch die Haltung der Fraktionen SPD und DIE BÜRGER nicht machbar gewesen. Ihre Lösung war einzig und allein eine Zentralisierung in der Moltkestraße. Von Seiten der Fa. Drees und Sommer gebe es keine Planungen für eine Zentralisierung in der Moltkestraße. Er möchte dort kein fünf oder sechsstöckiges Hochhaus haben und Teile des Parks aufgeben. Die Frage sei, was dem Schwelmer Bürger an Hebesätzen zugemutet werden könne. Ein Neubau in der Moltkestraße würde Interimskosten mit sich bringen, die der Bürger mit höheren Grundsteuern bezahlen müsste. Fa. Drees und Sommer habe bei den Herstellungskosten allein 6 Mio. € Unterschied (die GHS mit 13,5 Mio. € und der

Neubau mit 19,5 Mio. €) errechnet. Hinzu komme die große Problematik der Verkaufserlöse. In allen Fällen seien diese bisher mit Buchwerten zugrunde gelegt. Für die GHS wären dies 4,7 Mio. €, die für ein Gebäude mit Bunker darunter nicht zu erzielen seien. Dadurch erhöhe sich die Differenz auf mindestens 10 Mio. € und das für 300 m weniger Fußweg. Dies sei dem Bürger nicht zumutbar und nachvollziehbar.

Ein wichtiger Aspekt bleibe auch die Stärkung der Innenstadt. Wenn ein Servicepunkt direkt in der Innenstadt eingerichtet würde, habe man diese Stärkung erreicht, und dies ohne Mehrkosten. Daher stimme die FDP-Fraktion für ihren gemeinsamen Antrag.

Herr Kranz stimmt mit Herrn Gießwein insoweit überein, dass Parkplätze benötigt werden und er sich nicht vorstellen könne, den Wilhelmpark mit diesen zuzubauen. Er finde es merkwürdig, von Seiten der SPD zum Thema Parkplätze nichts vernommen zu haben. Dann bringt er das Stichwort „Haftungsfrage“ an und fragt sich, wer allein auf Basis der Ausarbeitung des Herrn Hugendick direkt Unternehmen beauftragen würde? Es werde vielmehr einen Architektenwettbewerb geben. Im Anschluss sei die Haftungsfrage die gleiche wie bei einem Neubau. Die Fraktion SWG/BfS werden ebenfalls für ihren gemeinsamen Antrag stimmen.

Herr Kick entgegnet, dass es keinerlei interfraktionellen Gespräche gegeben habe. Es seien in der Tat Gespräche zwischen der CDU und SPD erfolgt, jedoch eine Lösung zu finden, sei letztendlich nicht gelungen. Eine Seite wollte den Schwerpunkt in der GHS, die andere Seite in der Moltkestraße. Beiden Fraktionen hatten vereinbart, die anderen zu unterrichten. Inwieweit dies allerdings auch erfolgt sei, könne er nicht sagen.

Abschließend fordert die Bürgermeisterin getrennt zur Abstimmung über die beiden interfraktionellen Anträge aus Vorlage 024/2016 und 025/2016 auf.

Abstimmung über Vorlage 024/2016:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

Der Antrag der SPD, DIE BÜRGER und DIE LINKE vom 20.01.2016 ist abgelehnt.

**10.3 Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, FDP und SWG/BfS vom 20.01.2016 025/2016**

Abstimmung über Vorlage 025/2016:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	16
	Enthaltungen:	

Der Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 20.01.2016 (eingegangen am 21.01.2016) ist angenommen.

**11 Veräußerung des Gebäudes Kaiserstr. 69 254/2015/1**

**Beschluss:**

Der Beschluss des Rates (siehe Vorlagen Nrn. 252/2014 + 026/2015) zur Veräußerung des städtischen Gebäudes Kaiserstr. 69 wird in seiner Umsetzung bis auf weiteres ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

**12 3. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2000 245/2015/3**

**Beschluss:**

Der Erlass des 3. Nachtrages zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15. Dezember 2000 wird entsprechend dem der Ergänzungsvorlage der Verwaltung – Nr. 245/2015/3 beigefügten Entwurf (Anlage 1) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

**13 Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 001/2016**

Vor Beratung und Beschlussfassung über Vorlage 001/2016 tragen zunächst der Kämmerer und 1. Beigeordnete Herr Ralf Schweinsberg sowie die sieben Fraktionen des Rates der Stadt Schwelm in nachstehender Reihenfolge ihre Haushaltsreden vor.

- Herr Kick für die SPD-Fraktion
- Herr Flühöh für die CDU-Fraktion
- Herr Stutzenberger für die Fraktion DIE BÜRGER
- Herr Gießwein für die Fraktion B'90/Die Grünen
- Herr Schwunk für die FDP-Fraktion
- Herr Kranz für die SWG-BfS-Fraktion
- Frau Lubitz für die Fraktion DIE LINKE.

Vor Abstimmung über Vorlage 001/2016 beantragt Herr Philipp getrennte Abstimmung über Punkt 1 und Punkte 2 – 4 des Beschlussvorschlags.

Abstimmung über den Antrag auf getrennte Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	25
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	8

Anschließend ruft Frau Bürgermeisterin Grollmann zur Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlages auf.

**Beschluss:**

1. Der Stellenplan 2016 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

Anschließend bittet sie um Abstimmung über die Punkte 2 – 4 des Beschlussvorschlages.

**Beschluss:**

2. Der Haushaltssanierungsplan 2016 mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes wird beschlossen.  
Nach dem Haushaltssanierungsplan ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2016 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.
3. Für das Haushaltsjahr 2016 wird folgende Haushaltssatzung erlassen:  
(siehe Anlage)
4. Die TBS werden beauftragt, die im Haushaltsplan der Stadt Schwelm veranschlagten technischen Maßnahmen und Dienstleistungen im Rahmen der ausgewiesenen Mittel nach den Regeln der Unternehmenssatzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	13

**14 Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen bei 005/2016  
Haushaltsstelle 06.03.04.533100 - Soziale Leistungen  
an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen  
- Eingliederungshilfe**

**Beschluss:**

Bei der Haushaltsstelle 06.03.04.533100 - Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen - Eingliederungshilfe - werden überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen in Höhe von 173.000 € für das Haushaltsjahr 2015 bewilligt. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/ Auszahlungen bei 06.03.03.533200 - Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**15 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln 020/2016  
für die Zahlung von Personal-  
/Versorgungsaufwendungen**

**Beschluss:**

Im Deckungskreis Personal- und Versorgungsaufwendungen werden bei der Buchungsstelle 01.01.15 512 100 überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen in Höhe von 156.268,71 € für das Haushaltsjahr 2015 bewilligt.

Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/Auszahlungen bei der Buchungsstelle 16.01.01 543100 Gewerbesteuerumlage gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**16 Feststellung der Gültigkeit des Wahlergebnisses der 249/2015  
Bürgermeisterinnenwahl am 13.09.2015**

Die Bürgermeisterin übergibt die Sitzungsleitung an die 1. stellvertretende Bürgermeisterin Frau Sartor.

Frau Sartor stellt den Tagesordnungspunkt und Beschlussvorschlag vor und bittet um Abstimmung hierüber.

Nach erfolgter Abstimmung übergibt Frau Sartor die Sitzungsleitung wieder an Frau Grollmann.

**Beschluss:**

Der Rat erklärt die Wahl der Bürgermeisterin der Stadt Schwelm vom 13.09.2015 nach Vorprüfung durch den Wahlausschuss für gültig.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**NB: Bürgermeisterin**

- 17 Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsamsbezirk II (Schwelm-Süd) 252/2015**

**Beschluss:**

Frau Cornelia Eggert, Dahlhausen 48 b, 58332 Schwelm (postalische Anschrift: Dahlhausen 48 b, 42399 Wuppertal), wird vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung des Bundes Deutscher Schiedspersonen als Nachfolgerin für Herrn Karl-Heinrich Däumer zur Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk II gewählt. Die Vertretungsregelung richtet sich nach dem Beschluss des Rates der Stadt Schwelm vom 22.06.2006.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 18 Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 25.11.2015 "Freies WLAN für Schwelm" 257/2015**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die bürgerschaftlichen Aktivitäten zum Ausbau eines Freifunknetzes in Schwelm zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 19 Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH - (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) 253/2015**

**Beschluss:**

Der Rat genehmigt die von der Bürgermeisterin und einem weiteren Ratsmitglied am 15.12.2015 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW hinsichtlich gleichlautender Beschlussfassung des Beschlussvorschlages des Rates der Stadt Wuppertal im Namen der Stadt Schwelm.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Happe war während der Abstimmung nicht anwesend.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Schwelm stimmt zu, dass die AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen

1. sich an der „Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG“ in der Rechtsform der Einheits-KG als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage in Höhe von bis zu EUR 5 Mio., entsprechend einer prozentualen Beteiligung von bis zu maximal 3,57 % beteiligt. Mit der vorstehenden Beteiligung zwingend verbunden ist die mittelbare Beteiligung an der von der „Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG“ zu 100 % gehaltenen Komplementärgesellschaft „Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH“ mit einem Stammkapital von € 25.000,- und
2. mit der Gründung oder dem Erwerb von Beteiligungen durch die „Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG“ zugleich weitere mittelbare Beteiligungen der AVU begründet, sofern diese den dem Gesellschaftsvertrag der „Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG“ und dieser Beschlussvorlage jeweils als Anlage 1 beigefügten Kriterienkatalog erfüllen, oder diese Beteiligungen entsprechend der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages der „Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG“ veräußert.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

Herr Rüttershoff war während der Abstimmung nicht anwesend.

**21 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung**

keine

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 26 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 01.02.2016	Schritfführerin gez. Söhner	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--

**Unterschrift zur Sitzungsniederschrift zu TOP A 16:**

Schwelm, den 01.02.2016	Schritfführerin gez. Söhner	1. stv. Bürgermeisterin gez. Sartor
-------------------------	-----------------------------------	---